



Ministerium für Bildung | Postfach 32 20 | 55022 Mainz

Vorsitzender des Ausschusses
für Bildung
Herrn Guido Ernst, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
17/7304
VORLAGE

DIE MINISTERIN

Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-41 10
ministerinbuero@bm.rlp.de
www.bm.rlp.de

6. Okt. 2020

Mein Aktenzeichen
PuK

Ihr Schreiben vom

Ansprechpartner/-in / E-Mail

Ann-Kathrin Scheuermann

Ann-Kathrin.Scheuermann@bm.rlp.de

Telefon / Fax

06131 164151

06131 16174151

43. Sitzung des Ausschusses für Bildung am 22. September 2020

hier: TOP 5: Intervention und Prävention gegen Rechtsextremismus an Schulen
- zu Vorlage 17/7138 -

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

gemäß der Zusage in der Sitzung des Ausschusses für Bildung am 22. September 2020
übersende ich Ihnen anbei meinen Sprechvermerk sowie die Fallzahlen zu Straftaten
an Schulen "politisch motivierte Kriminalität-Rechts".

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung

Hans Beckmann

**Rede von Staatssekretär Beckmann
anlässlich der Sitzung des Ausschusses für Bildung am 22. September 2020**

**Vorlage 17/7138; Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nach § 76 Abs. 2
GOLT**

Intervention und Prävention gegen Rechtsextremismus an Schulen

Es gilt das gesprochene Wort

Extremismus – egal in welcher Form – wie jedwede gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit dürfen in der Schule keinen Platz haben. Schule muss der Ort sein, in dem demokratische Werte und Prinzipien vermittelt und die Herausforderungen des friedlichen Zusammenlebens in einer offenen, pluralen Gesellschaft thematisiert werden.

Im vorliegenden Antrag geht es in besonderer Weise um schulische Maßnahmen gegen Rechtsextremismus. Diese sollten nicht alleine reaktiv ausgerichtet sein, sondern auf ein positives Gegenbild abzielen. Daher bildet die Verknüpfung zwischen Demokratiepädagogik, der Vermittlung historisch-politischen Wissens, der Durchführung allgemeiner gewaltpräventiver Projekte und gezielt auf Rechtsextremismus angelegter Programme die Basis des Landeskonzepts für Demokratiebildung in der Schule. Sie hat nach Überzeugung der Landesregierung die größten Erfolgchancen.

Eckpunkte des Gesamtkonzepts wurden mit der Regierungserklärung „Demokratie macht Schule: Rheinland-Pfalz stärkt Demokratiebildung, Erinnerungskultur und europäisches Miteinander“ am 30. Januar 2019 vorgestellt und seither sukzessive umgesetzt.

Ein wichtiger Pfeiler in der Schule ist die Primärprävention bezogen auf die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen. Es geht dabei vorrangig darum, das Individuum zu stärken, soziale Kompetenzen zu fördern und allgemein gültige Normen und Werte zu vermitteln.

Rheinland-Pfalz stellt seit 1994 entsprechende Fördermittel für die Präventionsarbeit an Schulen zur Verfügung. Diese Arbeit wird in staatlichen Programmen, die vor allem über das Pädagogische Landesinstitut angeboten werden, und in schulischen Einzelprojekten realisiert. Dazu gehören Programme wie PROPP (Programm zur Primärprävention), PIT (Prävention im Team), „Mobbingfreie Schule“ sowie „Ich und Du und Wir“ und das Projekt „Schulische Lern- und Lebenswelten“.

Zur Umsetzung weiterer Maßnahmen erhalten Schulen von den verschiedenen Servicestellen Unterstützung beispielsweise für Projekttag anlässlich des Holocaustgedenktags, für Tage des politischen Gesprächs, für die Arbeit mit Zeitzeugen, für Schülerkongresse gegen Rechtsextremismus und für jährliche Demokratietage. Mit einer Richtlinie vom April 2020 haben wir die Förderung von Gedenkstättenbesuchen geregelt und das Budget dafür auf 70.000 Euro verdoppelt.

Darüber hinaus bietet die Präventionsagentur gegen Extremismus des Ministeriums des Innern und für Sport Schulen auf Anfrage ihre Expertise zum Themenfeld Rechtsextremismus sowie Tipps für Präventionsmaßnahmen an.

Das vom Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung betreute Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus, das Aussteiger-Projekt "(R)AUSwege", das Programm "RÜCKwege", die „Elterninitiative gegen Rechts“ und die Opferberatung Rechtsextremismus richten sich alle auch an Schulen.

Vielfältige Fortbildungen unterstützen die Lehrkräfte, beispielsweise das von der Landeszentrale für politische Bildung angebotene „Argumentationstraining gegen Stammtischparolen“ oder Fachtagungen des Pädagogischen Landesinstitutes, aktuell z.B. zu Verschwörungsmethoden.

Die Netzwerke für Demokratie und Courage und „Schule ohne Rassismus — Schule mit Courage“ bieten sowohl Lehrkräften als auch Schülerinnen und Schülern vielfältige Beratung und Unterstützung an, beispielsweise durch die Ausbildung von Courage-Scouts.

Bereits im Vorbereitungsdienst besuchen alle Anwärterinnen und Anwärter verpflichtend eine Gedenkstätte zum Nationalsozialismus.

Damit Schulen diese Vielzahl an Möglichkeiten gezielt nutzen können, haben wir zum Sommer 2019 zwei Koordinierungsstellen für schulische Demokratiebildung und für schulische Gedenkarbeit und Zeitzeugenbegegnungen im Pädagogischen Landesinstitut etabliert.

Bei rechtsextremen Vorfällen in der Schule ist eine klare Haltung notwendig. Unabhängig von einer strafrechtlichen Verfolgung sind die Schulen in hohem Maße sensibilisiert und handeln sowohl im Hinblick auf einen Vorfall als auch auf ggf. beteiligte Schülerinnen und Schüler situationsangemessen mit entsprechenden erzieherischen Einwirkungen sowie mit Ordnungsmaßnahmen. Zu diesen bietet die Übergreifende Schulordnung einen gestuften Maßnahmenkatalog. Die genannten Beratungsstellen und Netzwerke unterstützen Schulen dabei.

Lassen Sie mich zusammenfassen: Je mehr Schülerinnen und Schüler durch den Fachunterricht politisch gebildet, durch die Einbindung in verschiedene demokratiebildende Netzwerke, durch europäische und außereuropäische Austauschprogramme gestärkt werden, je mehr sie an Schulen durch Mitgestaltung und Mitverantwortung in Klassenräten, in Jahrgangsstufenversammlungen, Schulparlamenten oder in Projekten zur Anerkennungskultur in Schule und Unterricht partizipieren, desto mehr sind sie in der Lage, rechtsextremen Vorurteilen und Stereotypen entgegenzuwirken. Deshalb wird die Landesregierung ihre bisherigen Bemühungen bei der Demokratiebildung weiter fortsetzen.

	2017	2018	2019	2020
Körperverletzung (§ 223 StGB)			3	1
Bedrohung (§ 241 StGB)		1		
Volksverhetzung (§ 130 StGB)	1	2	3	2
Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (§ 86a StGB)	21	32	25	15
Beleidigung (§ 185 StGB)			1	1
Gesamt	22	35	32	19
Zahl aufgeklärter Fälle	6	16	21	7
davon Fälle mit tatverdächtigen Schülern	5	16	20	7

Die Fallzahlen 2020 spiegeln den Stand am 15. September 2020 und können sich z. B. durch Nachmeldungen im weiteren Jahresverlauf noch ändern.

Quelle: LKA Straftaten an Schulen in RLP "politisch motivierte Kriminalität-Rechts"
2017, 2018, 2019, 2020